

Herzogtum

Coburg

Herzogtum

Braunschweig

auf 60 Jahre los vom Reiche?

Werfen Sie einen Blick in die Zukunft
und lesen Sie

Mark Tristell

Diktator unterm Sonnenrad

eine zeitgemäße groteske Vision

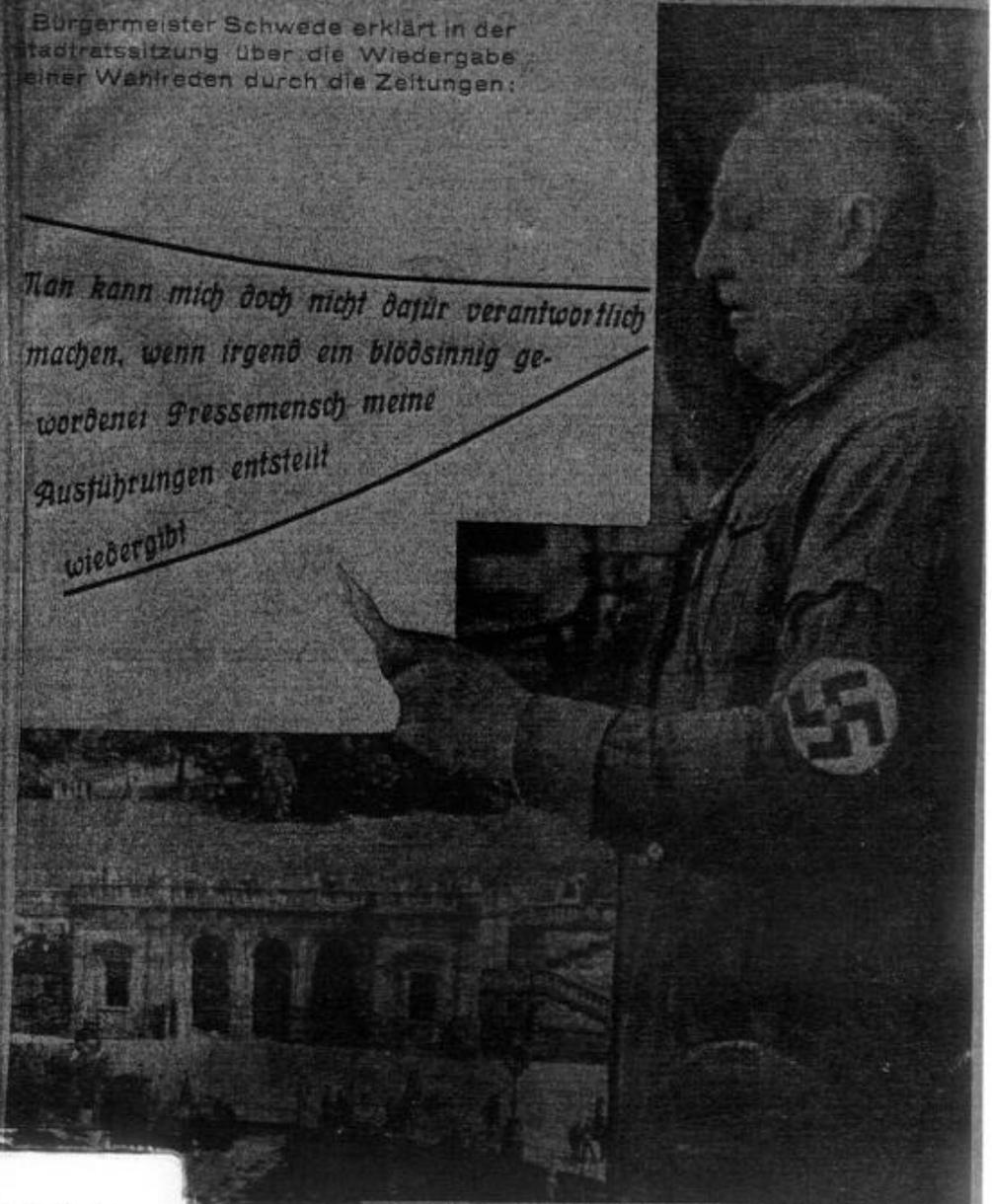
Ein 230 Seiten starker Roman der Belehrung und Unterhaltung. Das Buch kostet nur 2,00 Mark und ist durch alle Buchhandlungen oder auch direkt vom Verlag, der Coburger Volksblatt Buchdruckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H. Coburg, zu beziehen

Die Abschnitte des Buches: Der neue Reichstag / Abschaffung des § 218 / Urdeutschland / Die Rassezucht / Ehekontrolle, Gebärzwang / Wofansteuer / Der Rassearzt / Die Feme / Der Diktator selbst. Jenseit?

Coburg unter dem Hakenkreuz

Bürgermeister Schwede erklärt in der Stadtratssitzung über die Wiedergabe einer Wahlfreden durch die Zeitungen:

Man kann mich doch nicht dafür verantwortlich machen, wenn irgend ein blödsinnig gewordener Pressemensch meine Ausführungen entstellt wiedergibt



A39156

Eine kleine Residenz

Ein riesengroßer Schwindel

„Eigentum des Vorstandes der SPD“

Durch die Massenverbreitung eines Flugblattes, das inhaltlich eine Rede des Coburger Nazibürgermeisters wiedergibt, soll in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, daß aus Coburg, dank der Tätigkeit der Nazioten, ein Paradies geworden sei. Um von vornherein eine Feststellung zu machen, die notwendig ist, sei gesagt,

die ganze Erzählung des Nazibürgermeisters Schwede ist eine einzige große Lüge.

Schwede spricht von einer marxistischen Mehrheit in Coburg, die durch ihre Mißwirtschaft die Finanzen der Stadt vollständig zerrüttet hätte. Das ist eine Lüge.

In Coburg herrschte bis zum Kriegsende, dank eines darauf zugeschnittenen Wahlrechts, der Kommunal-Freistimm.

Erst nach dem Zusammenbruch im Jahre 1919 konnten auf Grund des geänderten Wahl- und Bürgerrechtes Sozialdemokraten in das Rathaus einziehen.

Von 21 Stadtverordneten stellte damals die SPD, 9, denen 12 Demokraten und Deutschnationale gegenüberstanden.

Diese Feststellung ist notwendig, um darzulegen, daß in keiner Phase der Nachkriegszeit die Sozialdemokratie die Mehrheit hatte.

Das Verhältnis änderte sich dann bei den weiteren Wahlen noch zu Ungunsten der SPD. Sie erhielt von den 25 Stadtratsmandaten, die durch den Anschluß an Bayern vorgesehen wurden, nur acht Mandate, sodaß ihnen 17 bürgerliche Stadträte gegenüberstanden, zu denen sich noch vier berufsmäßige Bürgermeister und Stadträte gesellten, die sämtlich bürgerlich waren.

Daß allerdings die Mehrheiten im Stadtrat auch manchmal mit den Marxisten zustande kamen, besagt nur, daß auch in Coburg das Bürgertum in seiner sprichwörtlichen Feigheit sich vor verantwort-

tungsvollen Entscheidungen brückte. Diese Entschlußlosigkeit hat allerdings das Bürgertum büßen müssen, die einst fast uneinnehmbare freisinnige Hochburg ist heute vollständig in der Hand der Nationalsozialisten.

Die finanziellen Verhältnisse der Stadt haben naturgemäß unter dieser Verantwortungslosigkeit gelitten. Staats wurden mehr als einmal überschritten und zehrten die Betriebsmittel der Stadt auf. Der erste Haushaltsplan nach der Stabilisierung der Mark wies einen Ueberschuß von 125 000 Mark auf.

Nationalsozialisten ziehen in den Stadtrat ein.

Als im Jahre 1924 bei den Neuwahlen zum Stadtrat vier Nationalsozialisten gewählt wurden, schlossen sich diese der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft an. Durch Auseinandersetzungen finanzieller Art, trennten sie sich später wieder von der Arbeitsgemeinschaft. Und dadurch hatten sie sich den Weg zu einer strupellosen Demagogie freigemacht.

Da waren sie in ihren Forderungen und im Bewilligen von Ausgaben jeglicher Art gar nicht unbescheiden; vielfach mußten ihre Forderungen aus finanziellen Unvermögen der Stadt abgelehnt werden. Wäre es nach den Nazis gegangen, die Stadt hätte ihren Bankrott längst anmelden können, denn so systematisch wie sie unmögliche Forderungen stellten, so systematisch verweigerten sie jede Einnahmemöglichkeit, sie wetterten in der ausgiebigsten Form gegen den Steuerbolschewismus, der Handel und Gewerbe vernichte. Sie stimmten gegen jede Abgleichung des Staats.

Schwede behauptet:

Coburg war durch die Inflation und die Annullierung der innerdeutschen Schulden damals gerade schuldenfrei geworden.

Wahr ist:

Nach der Inflation verblieb der Stadt Coburg eine Aufwertungsschuld von 1 219 000 Mark.

Nazis als Geldvermittler.

Schwede behauptet:

Man trug sich mit den Gedanken, eine Vier-Millionen-Anleihe aufzunehmen. . . . Die Mehrheit der Marxisten und ihr Anhang setzten trotz unseres verzweifeltes Kampfes ihren Willen durch.

Wahr ist:

Die Nazis, die sich heute als Gegner jeder Anleihepolitik aufspielen, machten damals sogar den Vermittler für einen ihrer Parteigenossen, der Geld verschaffen wollte. Der Stadtrat mußte allerdings diese freundliche Hilfe ablehnen, da das Geld zu teuer war.

Coburg hat wie jede andere Stadt darunter gelitten, daß während der Kriegszeit und in der Inflationzeit wichtige Arbeiten liegen bleiben mußten. Das ist zum Teil nachgeholt worden. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurden die gesamten Ueberweisungen aus der Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwandt. Hunderte von Wohnungen wurden dadurch erstellt. Die Maschinenanlage in den städtischen Werken wurde erweitert, hierfür wurden zirka Dreiviertel Millionen Mark aufgewendet, die aus Erträgen der Werke wieder abgedeckt wurden. Beim städtischen Schlachthof wurde ein Kühlhallenneubau errichtet, der etwas über 400 000 Mark Baukosten verursachte. Ein Sommerbad wurde gebaut, mehrere Straßen wurden asphaltiert.

Ein Teil der Arbeiten konnte nur durchgeführt werden, wenn es gelang, die Mittel zu beschaffen.

Die Stadt hatte Gelegenheit, eine günstige Anleihe abzuschließen. Der Betrag von zwei Millionen Mark wurde aufgenommen. Die Nationalsozialisten waren keine grundsätzlichen Gegner der Anleihe. In der Abstimmung stimmten sie gegen die Summe von zwei Millionen, sie wollten nur eine Million Mark bewilligen.

Die Nazis lügen:

Um die Zinsraten für die Anleihen tilgen zu können, schlidderte nun Coburg von Anleihe zu Anleihe. 1928 war es schließlich so weit, daß die Stadt daran denken mußte, ihre städtischen Werke zu verpfänden.

Wahr ist:

**Coburg hat keine Anleihen für seine Zinszahlungen aufgenommen,
Coburg hat nie daran gedacht, seine städtischen Werke zu verpfänden.**

Eine Verpfändung der Werke kam und kommt nicht in Betracht, da diese wie ja auch alle sonstigen Werte der Stadt gemeinschaftliche Unterpfand der städtischen Anleihe sind.

Der erste Parteibuchbeamte.

Die Auflösung des Stadtrats im Jahre 1929 brachte den Nazis die Mehrheit. Jetzt hätten sie zeigen können, ob sie praktische Arbeit leisten wollen.

Die erste Tat war, ihren örtlichen Häuptling zum städtischen Beamten zu machen.

Was Schwede immer erstrebt hatte, nach seinem Wahlerfolg fiel es ihm mühelos in den Schoß.

Schwede war der erste Parteibuchbeamte

den die Stadt Coburg aufzuweisen hat.

Der Staatskommissar.

Die Nazis behaupten:

„Wir haben in Coburg Ordnung geschaffen.“

Das ist gelogen.

Wahr ist:

Die Nazis wollten ihren Wahlversprechungen gemäß eine vollständig neue Linie in der Kommunalpolitik einschlagen. Das glückte ihnen vollständig. Ihr erster, mit Hilfe ihrer Mehrheit aufgestellte Etat hatte das

Rekorddefizit von über 900 000 Mark.

Sie konnten sich diesen Scherz leisten. Denn diesen Schönheitsfehler korrigierte ihnen die Aufsichtsbehörde wieder heraus; die Regierung von Oberfranken setzte nicht nur die gestrichenen Steuern wieder ein, sie forderte auch neue an und machte vor allen Dingen Abstriche bei den Ausgaben.

Seit 1929 steht Coburg unter der Aufsicht der Regierung von Oberfranken.

Jede, auch die geringste Ausgabe, die über den Rahmen des Voranschlages hinausgeht, mußte der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nicht die Nationalsozialisten, sondern die Regierung schuf Ordnung in Coburg.

Schwede sagt bei der Verabschiedung des Kieferndefizits:

„Wir haben zum ersten Male die Verlogenheit des Systems aufgedeckt, der von uns verabschiedete Etat bedeutet demgegenüber ein Bild der wirklichen Lage.“

Die Nazis behaupten:

„Wir haben in Coburg in einem Jahr 500 000 Mark eingespart.“

Wahr ist:

Die Nationalsozialisten haben an der Gestaltung des Etats keinerlei Anteil als den der Durchführung dessen, was die Aufsichtsbehörde festgesetzt hat. Um aber jede Legendenbildung über die geordneten Verhältnisse der Stadt aufzuhalten, seien die folgenden Zahlen genannt: Coburg hat einen Betriebsmittelkredit von 1 169 000 Mark gepumpt, der verzinst werden muß. Der bisher auch nicht weniger wurde, sondern unter ständigem Schwanken sich in der Aufwärtsbewegung befindet.

Trotzdem der Betriebsmittelkredit bei der Städtischen Sparkasse und bei der Staatsbank fortgesetzt steigt, behauptet Schwede, die Stadt zahle Schulden ab.

Die Nazis als Steuereintreiber.

Coburg hatte früher 2 Beitreibungsbeamte, nach der Machtergreifung durch die Nazis laufen jetzt 8 Mann herum.

Schwede sagt:

Wir haben allein an den Spitzengehältern der städtischen Werke 100 000 Mark eingespart. Von drei Direktoren, die je 35 000 Mark bezogen.

Das ist nicht wahr.

Schwede mußte berichtigen:

Zu dem Artikel: „Coburgs Bürgermeister- und Direktorengewähler im Wahlkampf“ in Nr. 58 des „Coburger Tageblatt“ vom 9. März 1932 habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die in dem zitierten Zwilckauer Flugblatt, das angeblich von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Zwilckau, verbreitet worden ist, enthaltenen Angaben über meinen in Zwilckau gehaltenen Vortrag bezüglich der Spitzgehälter der Stadt Coburg entsprechen nicht den von mir tatsächlich hierüber gemachten Äußerungen.

Herr Direktor Diercks bezieht gegenwärtig als Leiter der Städtischen Werke und der Aktiengesellschaft Überlandwerk Coburg Coburg jährlich ab 1.10.30 Gruppe 1 b 4 = 12.240,— RM
minus Notverordnungsabzügen jährlich = 2.952,— RM
also jährlich insgesamt = 9.288,— RM
hieroon gehen noch die gesetzlichen Kürzungen an Steuern pp. in Höhe von = 1.518,— RM
ab, so dass jährlich insgesamt 7.770,— RM verbleiben.“

Coburg, den 11. März 1932.
Der Stadtrat:

Schwede

Hier lag in der Entfernung die Steigerung, die bei der Rückkehr nach Coburg wieder in die Normallage gebracht wurde.

Der gleiche Schwindel bei den Gehältern der Bürgermeistern.

Nach dem Flugblatt soll Schwede gesagt haben: „Unsere Bürgermeister bezogen jeder 32 000 bis 35 000 Mark!“

Wahr ist:

Der erste Bürgermeister erhielt 14 820 Mark jährlich und der zweite Bürgermeister 12 040 Mark. Auch hier hat Schwede jedem noch 20 000 Mark angedichtet. Man muß es den Nationalsozialisten lassen, sie verfügen über eine

blühende Phantasie. Auf diese Weise haben sie sich Hunderttausende in die Tasche gelogen!

Beide Bürgermeister befinden sich nicht mehr im Dienst; sie sind pensioniert. An ihre Stelle sind

3 neue Bürgermeister getreten.

Man bedenke: drei Bürgermeister in einer Stadt von 25 000 Einwohnern. Ist dadurch die Verwaltung billiger geworden?

Für die beiden alten Bürgermeister wurden aufgewendet 26 860 M.

Die neue Verwaltung kostet der Stadt Coburg 26 100 Mark.

Schwede erzählt:

Ich bekomme als erster ehrenamtlicher Bürgermeister das Gehalt als Maschinenmeister, das sind nicht ganze 300 Mark monatlich und 120 Mark Aufwandsentschädigung.

Wahr ist:

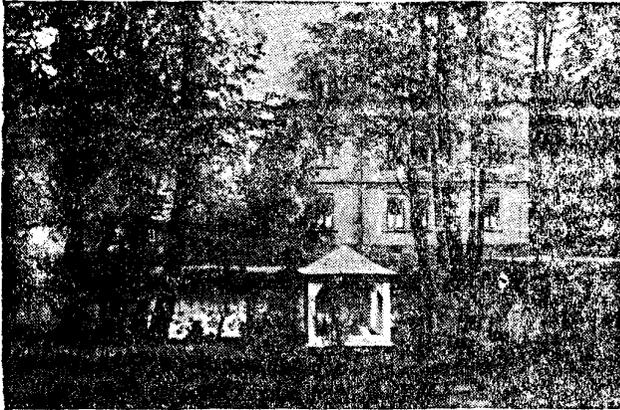
Schwede proht damit, daß er als ehrenamtlicher Bürgermeister nur sein Maschinenmeistergehalt weiterbezieht. Daß er damit nicht auskommt, hat er selbst eingestanden, als er eine Aufwandsentschädigung von 120 Mark im Monat rückwirkend auf ein halbes Jahr verlangte, da er während seiner Bürgermeisterzeit Schulden gemacht habe. Mit seinen Landtagsdiäten von 405 Mark im Monat mag sich das Einkommen Schwedes wohl auf über 1000 Mark im Monat beziffern. Dabei ist Schwede fast nicht in Coburg tätig, sondern reist für seine Partei in ganz Deutschland zur Verbreitung seiner Lügen herum. Auch für diese „Arbeit“ wird er von seiner Partei gut honoriert werden; denn er steigt immer in den besten Hotels, wo sich auch Prinz Ruwi wohlfühlt, ab.

Der zweite Bürgermeister erhält 10 080 Mark im Jahr. Offiziell ist er nicht pensionsberechtigt; laut Vertrag beginnt aber sein pensionsfähiges Dienstalter im April 1921, also in einer Zeit, in der die Stadt Coburg noch gar nicht an diesem Mann gedacht hat. Eine besondere Berühmtheit erlangt dieser Mann in seinem Kampf gegen die Freimaurerloge, die seine Aufnahme abgelehnt hatte. In der Gerichtsverhandlung erklärte er auf Befragen, warum er sich denn bei der Loge angemeldet habe:

„Er habe den Rat seines Vaters befolgt, der ihm durch die Verbindungen der Loge seinen Anfang als Rechtsanwalt leichter machen sollte.“

Dieses Eingeständnis spricht für sich selbst wenn man den Charakter dieses Mannes beurteilen will.

Als Faber gewählt wurde erschien eine Anzeige:
„Suche eine größere Wohnung“.



Faber brauchte nicht in eine der umgebauten Krachhütten ziehen. Das Bild zeigt Haus und Umgebung, wo er wohnt.

Der dritte Bürgermeister, offiziell Stahlhelmer, aber durch besondere Umstände mit den Nazis auf Gedeih und Verderb verbunden, erhält für seine Tätigkeit 200 Mark im Monat.

Schwede sagt:

Der frühere Sparkassendirektor bezog 29 300 Mark Gehalt zuzüglich 60 000 Mark Rente. Wir haben den Mann wegen einiger Schiebergeschäfte dem Staatsanwalt wärmstens empfohlen.

Wahr ist:

Der Sparkassendirektor hat wohl 29 000 Mark Gehalt bekommen, aber niemals dazu eine Rente von 60 000 M. Die Anklage gegen ihn ist zusammengebrochen, die Staatsanwaltschaft hat überhaupt kein Verfahren eröffnet.

Coburg hat die höchste Erwerbslosenquote in Bayern.

Schwede behauptet:

Wer in Coburg arbeiten will, bekommt Arbeit.

Wahr ist:

„Die Industrie und Handelskammer hat wiederholt auf Grund amtlichen Zahlenmaterials einen Ueberblick über das Verhältnis der Arbeitslosigkeit im Bezirk des Arbeitsamtes Coburg zu dem übrigen Bayern gegeben.

Die neuesten Ermittlungen zeigen ein so trostloses Bild wie noch nie.



Der Anmarsch zum Arbeitsamt.

Es kann nunmehr wiederum der Arbeitsamtsbezirk Coburg den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, im gesamten Gebiet des Freistaates Bayern, also einschließlich der Pfalz, mit der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, an der Spitze zu stehen.

Es folgt nachstehend die Aufzählung der einzelnen bayerischen Arbeitsamtsbezirke:

Am 14. Mai 1932 entfielen nach der amtlichen Statistik des Landesarbeitsamtes Bayern im gesamten Gebiet des Frei-

staates Bayern, also einschließlich der Pfalz, auf 1000 Einwohner Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitsfürsorge im Arbeitsamtsbezirk

Coburg	60,8	Holzkirchen	23,6
Nürnberg	58,2	Schweinfurt	22,7
Wirmasens	54,7	Schweinfurt	22,3
Marktreuth	54,2	Rosenheim	22,5
Ludwigshafen	53,8	Weilheim	23,3
Kaiserlautern	51,1	Ingolstadt	20,2
München	48,4	Freising	20,0
Hof	47,2	Cham	19,3
Aischaffenburg	43,6	Landshut	18,5
Zweibrücken	43,4	Ansbach	16,9
Weiden	34,8	Mühlhof	16,7
Landau-Pfalz	34,4	Memmingen	16,0
Amberg	32,3	Kempten	16,9
Bamberg	30,6	Neuulm	15,7
Deggendorf	29,9	Neumarkt	14,9
Traunstein	28,5	Landau	14,8
Schwandorf	27,3	Weißenburg	14,6
Bayreuth	26,3	Straubing	14,2
Passau	26,0	Pfarrkirchen	14,2
Würzburg	25,8	Donauwörth	10,5
Augsburg	24,6		



Der Andrang vor dem Arbeitsamt.

Der Landesdurchschnitt in Bayern beträgt 34,4 pro Tausend. Er wird also von Coburg fast um das Doppelte überschritten."

Rund 1500 Personen stempeln zur Zeit beim Arbeitsamt Coburg. Darüber hinaus hat die Stadt noch etwa 450 Wohlfahrts-erwerbslose.

Von den Wohlfahrts-erwerbslosen werden nur die beschäftigt, deren Einkommen die Nichtsäge des Wohlfahrtsamtes nicht überschreiten, also eine strenge Bedürftigkeitsprüfung geht voraus, und dann fallen auch diejenigen aus, bei denen keine Aussicht besteht, daß sie nach der Erreichung der für die Arbeitslosenversicherung notwendigen Wartezeit wieder Unterstützung erhalten. Der so viel gepriesene Arbeitsdienst erstreckt sich nur auf diese Personen. Ebenso verhält es sich mit den Frauen, die keinerlei Möglichkeit eines Verdienstes haben.

Die Nichtsäge in der allgemeinen Fürsorge betragen:

Die Nichtsäge in der allgemeinen Fürsorge betragen:

Für alleinstehende Personen monatlich	33.— M.
Ehepaar ohne Kinder	49 M.
Für jedes Kind	12.— M.

Wer diesen Nichtsah erreicht, wird von der Beschäftigung ausgeschlossen.

Die Kasernierung der jugendlichen Wohlfahrts-Erwerbslosen

Schwede sagt:

„Auf der Basis freiwilliger Zustimmung.“

Wahr ist:

Wer die Arbeit im Waldlager nicht annimmt, erhält keinerlei Unterstützung.

Was diese Kasernierung bedeutet? Schlimmste und brutalste Knechtung jugendlicher Erwerbsloser. Man hat die jungen Leute aus den anderen Wohlfahrts-erwerbslosen herausgenommen und hat sie in die Knechtschaft der Kasernierung gebracht. Die Rüpel aus der SM. bilden hier die Gruppenführer, man kann sich ausmalen, wie die Kameradschaft aussieht. Nach den Ausführungen Schwedes sollen sich die Anwärter um diese Kasernierung drängen. Auch da ist bei dem guten Mann der Wunsch der Vater des Gedankens. Wenn einem Menschen alles genommen wird, wenn er nur noch die Wahl hat zwischen dem Verhungern oder der Kasernierung, dann treibt ihn sein Lebenswillen zu letzterem.



Das Waldlager der Arbeitsdienstpflichtigen.

Schwede sagt:

„Nach einem halben Jahr können die Kasernierten über ein Guthaben von 250 Mark frei verfügen.“

Wahr ist:

Die Wohlfahrtserwerbslosen erhalten als Lohn 61 Pfennige pro Stunde; sie arbeiten 35 Stunden pro Woche. Die Kasernierten müssen für Wohnung und Verköstigung 1,30 Mark pro Tag bezahlen, erhalten ein tägliches Taschengeld von 50 Pfennig, der Rest, soweit er nicht für sonstige Bedürfnisse (Kleidung, Schuhe usw.) verbraucht wird, wird auf ein Sparkonto angelegt.

Der Abzug von 1,30 Mark pro Tag bedeutet eine unverhältnismäßig hohe Abgabe.

Gegeben wird dafür: ein Lager in der Parade, wie das beigegebene Bild zeigt, in einem Raum, der den primitivsten menschlichen Anforderungen nicht entspricht und eine direkte Kulturschande darstellt. Des weiteren erhalten sie am Tage ein Mittagessen, das schon mehrfach Anlaß zu Beschwerden, die der Leitung aber nicht angebracht werden dürfen, gegeben hat. Ferner wird pro Woche 10 Pfund Brot und ein Pfund Marmelade verabreicht. Dazu früh und abends Tee oder Kaffee und zum Abendbrot $\frac{1}{4}$ Pfund einfache Wurst oder Käse. Die Inassen des Waldlagers verbrauchen nicht nur ihre 50 Pfg. Taschengeld zur zusätzlichen Verköstigung, sie sind zum Teil auch auf elterliche Zuschüsse angewiesen oder machen Schulden auf ihre Spargelder hin.

Dabei haben die armen Kerls noch nicht einmal ein Beschwerderecht. Wer sich beschwert, fliegt. Die Ersparnis von 250 Mark in sechs Monaten ist eine der Lügen, die bewußt verbreitet werden. Kein einziger der Inassen des Waldlagers wird je in der Lage sein, diese Summe zu erhalten.



Der Schlafrum im Waldlager.
Weniger Luftraum als in der Gefängniszelle.

Billige Wohnungen.

Die Nazis behaupten:

Mit Hilfe der Wohlfahrtserwerbslosen haben wir im letzten Jahre zwei Wohnhausblocks mit 32 Wohnungen hergestellt, die auf 108 000 Mark veranschlagt, aber nur 70 000 Mark zu erstellen kamen. Die Zwei-Zimmerwohnung kostet nur 12,60 M., die Drei-Zimmerwohnung 16—18 Mark „und ganz arme Familien wohnen umsonst.“

Wahr ist:

Was Schwede als billige Wohnungen angepriesen hatte, wurde als Notwohnungen für obdachlose Mieter erbaut. Der hierfür angeetzte Mietpreis von 5,40 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche ist für Coburger Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Mit den billigen Wohnungen und vor allem den billigen Bauen ist es natürlich nichts.

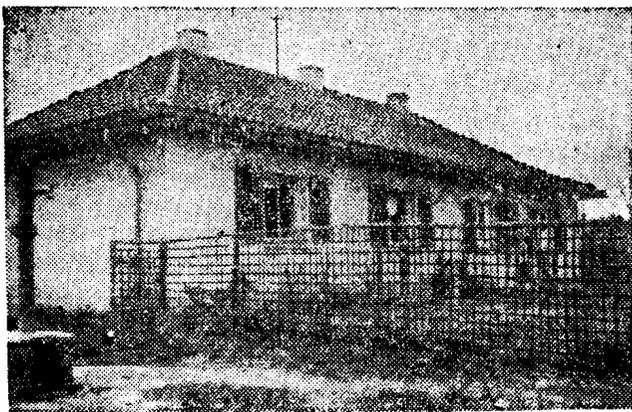
Wenn Schwede sagt, daß ganz arme Familien auch ganz umsonst wohnen, dann hätte er ruhig hinzusetzen können, daß man für diese Familien jetzt noch primitivere Wohnungen baut, die Parade-

Charakter tragen. Wie die Leute diese gesunden und auten Wohnungen selbst nennen, geht daraus hervor, daß einer der Mieter sein Gesuch an den Stadtrat unterschrieb: „Kasematte 16, Wanzenburg“.

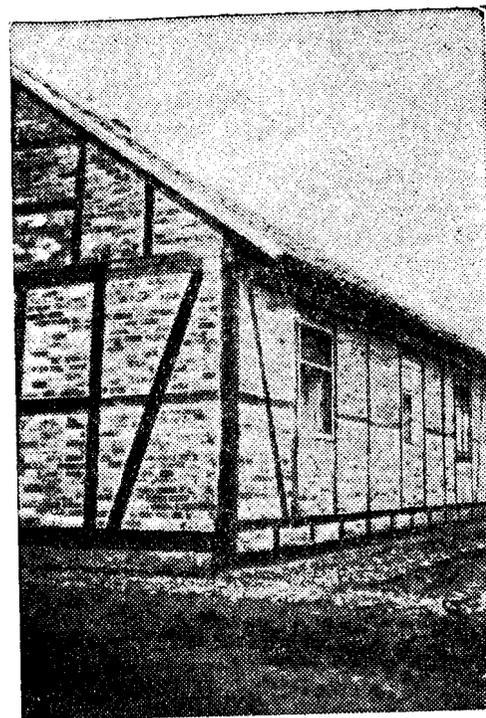
Nun sollen aber die Wohnungsmieten in den von den Nazis erbauten Wohnungen sehr billig sein. Ueberall wurde der Ruhm der Nazis verkündet, die auch das Problem des Wohnungsbaues gelöst hätten und prompt kommen Anfragen aus anderen Orten nach diesen billigen Wohnungen. Leider müssen alle diese Gesuche im Wohnungsamt abschläglich beschieden werden.

Die Wohnungen, die für den eigentlichen Wohnungsmarkt unter der Regie der Nazi hergestellt worden sind, sind auch nicht billiger als anderswo. So kostet die Zwei-Zimmerwohnung mit allem Zubehör 325 Mark Miete im Jahr und die Drei-Zimmerwohnung mit allem Zubehör 430 Mark im Jahr. Und diese Miete ist nur möglich, weil einmal die Baudarlehen, die aus einer Stiftung genommen wurden, nur mit 3½ Prozent verzinst werden und zum anderen die Löhne für die Wohlfahrtsarbeiter, die an diesen Bauten mitarbeiten, nicht in den Baukosten erscheinen, sondern über die Wohlfahrtsfürsorge gehen. Daß damit ein ganz beträchtlicher Teil der Baukosten außer Ansatz bleibt, ist klar. Aber sowohl kaufmännisch wie auch verwaltungstechnisch ist es ein Selbstbetrug, zu errechnen, daß die Baukosten hinter den Voranschlägen zurückbleiben.

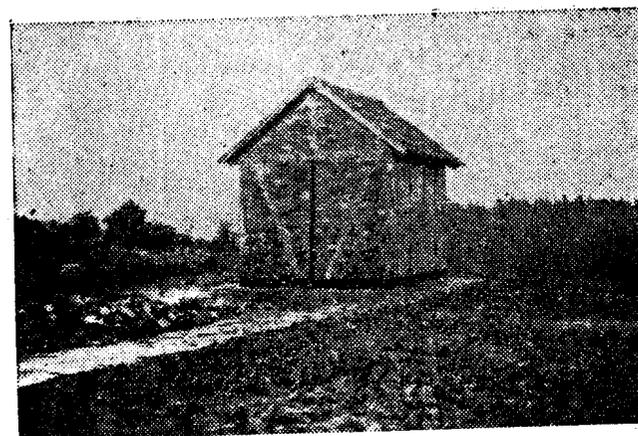
Es zeigt sich jedoch schon an diesem Beispiel, welche inflationistische Tendenzen dem nationalsozialistischen Programm innewohnen. Ein Haushalt nach diesem Muster geführt, muß unweigerlich in ein immer größeres Schulden-Chaos abrutschen. Vorläufig verkünden die Nazis das als eine originelle Idee, die das Bauen wesentlich verbilligt.



Diese Notwohnungen baute der alte Stadtrat.



Mit diesen Krachhütten prohen die Nazis.



Auf lustiger Höhe steht ein einsames Häuschen.
Die Abortanlage für die Notwohnungen. Für 4 Familien 1 Abort.



Zwei kleine Räume stehen für obdachlos gewordene Mieter zur Verfügung. Ein Hohn für jede moderne Zivilisation. Ein Selbstkonterfei dieser Streiter für Moral, Ehe und Sittlichkeit. Kein Strom, kein Gas, kein Wasser, kein Keller, kein Boden.

Kein Steuerbolschewismus.

Inzwischen haben die Nationalsozialisten ihre Stellungnahme zur Abgleichung des Etats geändert. Nicht mehr der Staatskommissar ist das zu erstrebende Ziel, sondern die Selbstverwaltung. Und diesmal haben sie ganze Arbeit gemacht, sie haben der staunenden Mitwelt gezeigt, daß ihre Phrasen über den Steuerbolschewismus nicht stimmen können,

denn sie fordern jetzt von der Bevölkerung die gleichen Steuern und Abgaben, die die Regierung auch festgesetzt hatte und deren Ablehnung sie selbst mit Hilfe des Verwaltungsgerichtshofes durchsetzen wollten.

Sie haben die Grundsteuer mit 600 Prozent, die Haus- und Gewerbesteuer mit 400 Prozent,

also den höchstzulässigen Satz in Bayern eingesetzt.

Sie erheben eine Straßenreinigungsabgabe, die vier Prozent des Mietwertes beträgt und eine Feuerchutzabgabe, die 1/4 Prozent des Mietwertes ausmacht.

Sie erheben die erhöhte Biersteuer und haben auch die Getränkesteuer in Höhe von 10 Prozent bestehen lassen.

Die Ueberweisungen aus der Mietzinssteuer, die früher als Darlehen für Bauvorhaben gegeben wurden, werden jetzt ebenfalls zur

Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs benutzt, trotzdem die Nazis hierüber dem vorhergehenden Stadtrat, der das auf Anordnung der Regierung tun mußte, die lautesten Vorwürfe gemacht haben.

Aus dem Ueberschuß der Sparkasse sollen 100 000 Mark für die Ausgleichung des Haushaltsplanes entnommen werden in einer Zeit, in der eigentlich alle verfügbaren Gelder den Reserven zugeführt werden sollten.

Aus den Städtischen Werken, Gas, Wasser und Elektrizität sollen 393 000 Mark abgesteuert werden. Ob das möglich sein wird, ist fraglich, denn der Umsatz und damit die Einnahme in diesen Betrieben sind ganz katastrophal zurückgegangen.

Die bei dem Wasserwerk und bei der Kanalisation eingesetzten Beträge für die Erweiterungsbauten sind gestrichen und dem allgemeinen Haushalt zugeführt worden, trotzdem vor wenigen Wochen die Nazi-Mehrheit im Stadtrat das Theater aufführte, diese Fonds zu schaffen und dafür 10 Prozent der vorhandenen Summen einsetzten. Die vollständige Ebbe in der Stadtkasse ließ diesen Beschluß nicht wirksam werden.

Das Etatwunder.

Unter geradezu grotesken Streichungen — das Baudezernat wurde dadurch Ueberschuß-Dezernat — erreichte man eine Abgleichung des Etats. Die Straßenreinigungsabgabe wird auf dieses Kapitel verrechnet, sodas die Einnahme 148 010 Mark beträgt, dem eine Ausgabe von nur 132 000 Mark gegenübersteht. Der Etat der Stadt Coburg balanziert mit 3 065 770 Mark. Er ist abgeglichen. Der jetzige 1. Bürgermeister von Coburg, Herr Schwede, warf dem früheren Dezernenten stets vor, daß der vorgelegte Etat frisiert sei. Daraufhin hat er dann selbst, um die Lügen des Systems festzunageln, einen Etat mit rund 900 000 Mark Defizit verabschiedet. Trotzdem die wirtschaftliche Lage sich gegenüber 1928 bedeutend ver- bedeutend verschlechtert hat, gleicht die Stadt Coburg ihren Etat aus.

Wenn die früheren Etats frisiert waren, dann ist der jetzige verlogen.

Einige Beispiele: An Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer sind eingesetzt worden 300 000 Mark. Eingegangen sind im letzten Geschäftsjahr bis 31. 5. 32, also zwei Monate über den Abschluß hinaus nur 242 900 M. Umsatzsteueranteile gingen ein: 12 400 M., im Voranschlag setzte man 32 000 M. ein. An Grund- und Haussteuer gingen ein: 169 000 M. Neu eingesetzt hat man 181 500 M. Für die Gewerbesteuer gingen ein: 167 800 M. Bei gleich bleibenden Prozentsatz erhofft man einen Eingang von 205 000 Mark.

Die Straßenreinigungsabgabe ist eingesetzt mit 135 000 M., erbracht hat sie nur 82 700 M. Schon allein diese Beispiele zeigen die

Brüchigkeit des Voranschlages. Er enthält aber noch andere Schönheitsfehler, deren Aufzählung allerdings zu weit führen würde.

So sind zum Teil Einnahmen und Ausgaben aus dem Handgelenk heraus festgesetzt worden,

z. B. wenn bei dem Ertrag der Bäder die Vorauslagen der Meteorologen dazu dienen, eine höhere Summe einzusetzen, oder wenn man eine nachträgliche Ausgabe beim Schuletat dadurch kompensiert, daß man um den Betrag die Soll-Einnahme aus der Gewerbesteuer erhöhte.

Die Nazis sagen:

„Wir haben die unsozialste aller Steuern, die Bürgersteuer vermieden.“

Wahr ist:

Die Nationalsozialisten waren sich vollständig bewußt, daß sie ohne Bürgersteuer nichts aus dem Ausgleichsstock erhalten würden. Inzwischen hat die Regierung angeordnet, erst Erhebung der Bürgersteuer, dann Zuschuß aus dem Ausgleichsstock. Inzwischen benutzten aber die Nationalsozialisten die scheinbare Nichterhebung der Bürgersteuer dazu, um 60 Arbeiter, die zum Teil 20 und mehr Jahre bei der Stadt beschäftigt waren, auf die Straße zu werfen.

Nazis als Scharfmacher.

Im Anschluß hieran ist es notwendig, einmal auch die Arbeiterpolitik dieser Partei unter die Lupe zu nehmen. Nach ihrem Wahlsieg entließen sie Arbeiter, um für diese ihre Leute einzustellen. Nach den Pensionierungen und sonstigen Entlassungen von Arbeitern kamen bei den Neueinstellungen nur ihre Anhänger in Frage. Bei den Massenentlassungen, die jetzt stattgefunden haben, bleiben Leute, die nur kurze Zeit im Betrieb sind, in ihren Stellen, während, wie vorstehend geschildert, Leute mit 20 und mehrjähriger Dienstzeit entlassen wurden. Wie weit die freie Meinungsäußerung eingengt wird, mag man auch daraus erkennen, daß Coburgs Bürgermeister **Schwede** erklärte:

„Ich werde jetzt Versammlungen mit der Belegschaft der Werke abhalten, und wer es wagt, an den Maßnahmen der Verwaltung Kritik zu üben, den werden wir entlassen.“

Gewiß ein netter Ausblick in das Dritte Reich, der Reiz dieses Ausspruches liegt aber darin, daß Schwede, als er wegen seiner maßlosen Kritik an der Verwaltung der Stadt entlassen werden sollte, einen Volksentscheid für die Auflösung des Stadtrates durch seine Partei herbeiführte.

Wie weit die Beeinflussung der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter geht, erläutert ein Ausspruch eines anderen Nazi-Stadtrates, der in öffentlicher Versammlung die Obengenannten darauf aufmerksam machte, daß sie nur eine Million Mitglieder in ihrer Partei aufnehmen; diese Zahl sei bald erreicht und er ermahnte, den Anschluß nicht zu versäumen. Das trägt natürlich auch dazu bei, Mitglieder zu pressen, da die Nazi ihre Macht über Einstellung oder Entlassung rücksichtslos gebrauchen.



Das Nazi-Paradies machte die Pferdewurst marktfähig. Wohlfahrtserwerbslose drängen sich um den Stand des Kopfchläckers

Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Das ist auch so ein nationalsozialistisches Schlagwort, auf das die meisten Wähler hereinfallen. Wie ist dieser Spruch nun auf die Coburger Verhältnisse anzuwenden. Die erste Tat der Nationalsozialisten im Coburger Stadtrat war nach der Erringung ihrer Mehrheit, daß sie ihren Schwede die Beamteneigenschaft zuerkannten. Daß ein anderer Stadtrat der Stadt ein Grundstück vor der Nase wegliefte, ein dritter sich indirekt Holzlieferungen sicherte und darüber hinaus eine amtliche Einrichtung mißbrauchen wollte, um ein Grundstück, für das er Interessent war, durch die Beschlagnahme der Wohnungen für sich billiger zu erstehen. Daß dabei auch die Sparkasse nicht vergessen wurde, Hergabe von Darlehen und Hypotheken, soll nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Als diese Handlungsweise gegeißelt wurde, strengten die Nazis die Beleidigungsklage an. Sie wurden in sämtlichen Instanzen abgewiesen.

Vor der Wahl hatten sie platziert:

„Unsere Kandidaten haben sich ehrenwürdig verpflichtet, fetterlei Geschäfte mit der Stadt zu machen oder sich irgend welche Vorteile zu verschaffen.“

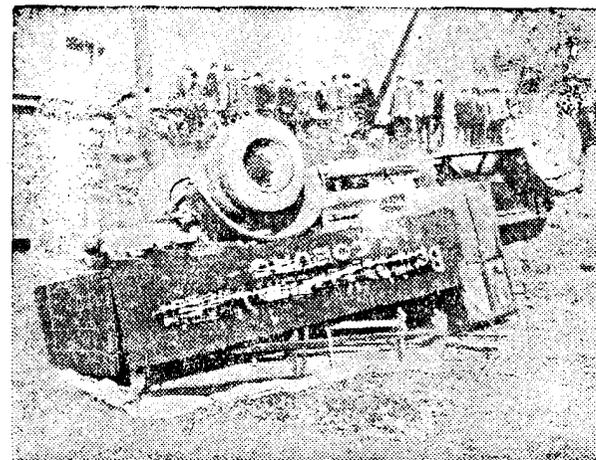
Im Prozeß erklärte der Vertreter der Nazis, man dürfe doch seine Parteigenossen nicht für so wahnsinnig halten, daß sie ein Geschäft mit dem Stadtrat ablehnten, nur weil sie jetzt Stadträte geworden seien.

Die entzogene Verfügung über die Polizei.

Inzwischen wurde dem nationalsozialistischen ersten Bürgermeister von Coburg die Verfügung über die Polizei entzogen und dem Stadtkommissar übertragen. Darüber großer Krach im Stadtrat und eine Interpellation im Bayerischen Landtag. Zur Illustrierung, welche Verhältnisse entstehen würden, wenn die Nazis die Polizeigewalt handhaben, ein Beispiel:

Republikanische Versammlungsteilnehmer, die in Autos nach Hause fahren, werden überfallen, der Autoführer, durch Steinschleuderei betäubt, verliert die Herrschaft über das Steuer, das Auto stürzt eine Böschung hinab und begräbt die Insassen unter sich. Die Polizei nimmt auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Verhaftungen vor. Und nun verlangt Schwede als Bürgermeister, daß sämtliche Verhafteten, die alle Parteigenossen von ihm sind, sofort zu entlassen seien. Erst der Hinweis darauf, daß die Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft ausgehe, veranlaßt ihn, seine Forderung fallen zu lassen. Das Verlangen selbst wirkt aber ein bezeichnendes

Licht auf die Forderung auf Rückgabe der Polizeigewalt. Noch bezeichnender aber ist die Dreistigkeit, mit der die Interpellation im Bayerischen Landtag erfolgt.



Nazi-Banditen überfallen ein Lastauto, das Versammlungs-Teilnehmer nach Hause bringen will.

Derselbe Nazi-Bürgermeister Schwede erhält ein Redeverbot von der bayerischen Regierung. Während der Reichspräsidentenwahl warnt der Rundfunk vor Schwede, der in einer Versammlung in Oldenburg Unwahrheiten über den Reichspräsidenten verbreitet hatte. Derselbe Schwede wird als bayerischer Landtagsabgeordneter mit Gewalt durch die Polizei aus dem Sitzungssaal des Landtags entfernt. Zugleich berichtet die „Volksparteiliche Korrespondenz“, daß unter Führung Schwedes versucht worden sei, das Fraktionszimmer der Bayerischen Volkspartei zu stürmen.



Geistige Waffen der Nazis.

Sind Nazis ehrliche Vertragspartner?

Kann man mit den Nazis irgendwelche Abmachungen treffen und halten sich diese daran gebunden? Ueber diese Frage kann eigentlich der Stahlhelm die beste Antwort geben. Nach der Neuwahl im Jahre 1930 verlangten die Nazis die Schaffung einer dritten Bürgermeisterstelle und schlugen als Kandidaten hierfür Schwede vor. Es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen im Stadtrat, da weder die Bürgerlichen noch die sozialdemokratischen Stadträte diesem Verlangen zustimmten. Endlich kam es zu Verhandlungen zwischen Stahlhelm und Nazis, und man soll sich dahin geeinigt haben, daß die Stahlhelmer für den dritten Bürgermeister stimmen wollten, dafür sollte ihnen dann der zweite berufsmäßige Bürgermeister zuerkannt werden, der damalige Inhaber war pensionsreif geworden. Als dann dieses Ereignis eintrat und die Stahlhelmer nun die Einlösung des Versprechens verlangten, wurden sie von den Nazis ausgelacht, die nun rücksichtslos, ihre Macht gebrauchend, den ersten und den zweiten Bürgermeister stellten und den Stahlhelmern lediglich den dritten Bürgermeister überließen. Es ist klar, daß bei Kenntnis dieser Dinge die Harzburger Front nur als ein Theater erscheinen konnte.

Was bleibt nun an dem Zwickauer Flugblatt wahr?

Schwede wurde darüber im Coburger Stadtrat gestellt, worauf er wiederum erklärte:

„Man kann mich doch nicht dafür verantwortlich machen, wenn irgendein blödsinnig gewordener Pressemann meine Ausführungen entstellt wiedergibt.“

Bezeichnend ist, daß trotz dieser Erklärungen die Meldungen aus allen Städten, in denen Schwede gesprochen hat, gleichlautend mit den Meldungen aus Zwickau sind. Da wäre doch die Frage ganz interessant: Sind nun sämtliche Pressenmenschen, die über Schwedes Versammlungen gleichlautend berichteten, blödsinnig? Oder hat Schwede nur die eine Walze, die er überall hat ablaufen lassen?

Da nun trotz der Richtigstellung auch heute noch diese Märchen verbreitet werden, nehmen wir das letztere an und warnen vor den Lügen über Coburg.

Alle diejenigen, die bisher aufgrund dieser Falschmeldungen zu Beschäftigungen hierher gekommen sind, reissen enttäuscht wieder ab.

Coburg ist weder ein Paradies, noch bietet das Nazi-Regiment irgendeine Spitzenleistung. Tausende von Gemeinden haben Gleiches und Besseres, als die Nazi für sich in Anspruch nehmen, geleistet.

Der bayerische Innenminister über die Coburger Polizei

In der Sitzung des Bayerischen Landtags vom 17. Juni 1932 erklärte der bayerische Innenminister Dr. Stübel in Beantwortung einer Interpellation der Nazis wegen Uebertragung der Coburger Polizeigewalt an den staatlichen Stadtkommissar:

„Die polizeiliche Lage in Coburg sei wegen der dort vorhandenen Gegensätze schon seit geraumer Zeit Gegenstand schwerer Sorge gewesen. Es kam zu häufigen Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern, wobei es selten gelang, die Täter festzustellen. Er erinnere nur an den Ueberfall auf ein Laftauto mit Reichsbannerleuten. Dank dem tatkräftigen Zugreifen des früheren Leiters der Coburger Polizei (gemeint ist Polizeidirektor Janßen) konnten einige Täter dingfest gemacht werden; dafür aber wurde dann der betreffende Beamte, der nur seine Pflicht getan hatte, aus seiner Stelle gedrängt. Am 18. Januar 1931 wurde in Coburg bei einem öffentlichen Aufzug

das Uniformverbot gröblich verletzt; Bürgermeister Schwede aber unterließ es, den Anordnungen der Polizeiorgane Geltung zu verschaffen.

Bei weiteren Zusammenstößen setzte sich die städtische Polizei nicht durch, so daß ständig Landespolizei eingreifen mußte. Schließlich bestand bei allen in Betracht kommenden Stellen Uebereinstimmung darin, daß die Dinge nicht so waren, wie sie hätten sein sollen. Am 11. März 1932 war man endgültig der Ueberzeugung, daß nicht mehr zugewartet werden dürfte. Es mußte in den kritischen Tagen der Wahlen dafür Sorge getragen werden, daß ein absolut zuverlässiger Polizeiapparat bestand, damit sich auch die nationalsozialistische Bevölkerung Coburgs ungehindert bewegen konnte. Gerade jetzt in der schweren Zeit wäre es unverständlich, wenn die Anordnung wieder zurückgezogen würde. Die Maßnahme sei nur vorübergehend und werde aufgehoben, sobald es die Verhältnisse in Coburg erlauben.“

Das amtliche Bayern zu den Nazi-Lügen.

Die amtliche Pressestelle des Landes Bayern teilt mit:

„Es ist behauptet worden, die Stadt Coburg habe durch die Vereinstellung von Arbeitslosen in einem Jahr über 500 000 Mark eingespart und es gebe in Coburg überhaupt keine Wohlhabtserwerblosen ohne Arbeit mehr. Das ist absolut unrichtig. Richtig ist, daß die Stadt Coburg verhältnismäßig nicht so stark wie andere gleich große Städte unter Erwerbslosigkeit der Bevölkerung leidet. Es ist aber auch in Coburg sowohl die Zahl

der Erwerbslosen wie die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen ständig im Steigen begriffen. Daß die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen in Coburg verhältnismäßig geringer ist als in gleich großen anderen Städten, ist allerdings zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Stadt seit 1930 Arbeiten ausführen ließ und auf diese Weise den Abstrom der Erwerbslosen und Krisen-unterstützungsempfänger in die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge hinauschoß und Wohlfahrts-erwerbslose wieder in die Erwerbs-losenfürsorge zurückleitete. Es kann aber auch nicht entfernt die Rede davon sein, daß hierdurch 500 000 Mark eingespart wor- den sind. Nicht einmal die Gesamtaufwendungen der Fürsorge für die Arbeiter belaufen sich auch nur annähernd auf diesen Betrag, noch viel weniger die Einsparungen bei der Fürsorge.

Daneben ist nicht viel Besonderes geschehen, auch in der Industrie nicht.

Die Bemühungen des Stahlhelm um die Organisation des frei- willigen Arbeitsdienstes blieben erfolglos. Nur bei den Straßen- arbeiten läßt die Stadt etwa 60—100 Mann mitarbeiten; sie sind in Baracken untergebracht, werden dort gepflegt und erhalten ein geringes Taschengeld.

Es ist auch in öffentlichen Versammlungen behauptet worden, die NSDAP. habe die Finanzverhältnisse der Stadt geordnet, seit sie im Coburger Stadtrat die Mehrheit besitze. Richtig ist, daß sowohl im Jahre 1930 wie im Jahre 1931

die Staatsaufsichtsbehörde mit staatsaufsichtlichem Zwang zur Ordnung der Haushaltsverhältnisse eingreifen mußte.

In beiden Fällen erhob der Stadtrat gegen die Anordnungen der Staatsaufsichtsbehörde Beschwerde zum Verwaltungsgerichtshof.

In beiden Fällen bestätigte der Verwaltungsgerichtshof die staatsaufsichtlichen Anordnungen.

Der Vorgang war eben der, daß der Stadtrat es ablehnte, der Einwohnerschaft die notwendigen Opfer aufzuerlegen, und dies zur Ordnung der Finanzverhältnisse unvermeidlich Notwendige der Staatsaufsichtsbehörde überließ.

Wenn also der Haushalt geordnet wurde, ist es zum mindesten kein Verdienst der Stadtratsmehrheit."